

Am 27. Januar 1945 befreiten sowjetische Truppen das Vernichtungslager Auschwitz – heute ein Synonym für den Holocaust.

Der Holocaust war Höhepunkt und nur dank der Alliierten Endpunkt der planmäßig industriell betriebenen und man kann sagen automatisierten Vernichtung von Millionen Menschen, ausgegrenzt und aussortiert nach dem Kriterium „Jude“. Das geschah mit Beteiligung weite Teile der deutschen Bevölkerung, viele haben davon gewußt, nicht wenige haben das gebilligt. Manche wollten dann nach 1945 nichts mehr davon wissen.

Heute hören wir nicht nur auf den Protestdemonstrationen der Zivilgesellschaft: Nie wieder 1933! Aber weder die Machtübertragung an die Nazis 1933 noch der Holocaust kamen aus dem Nichts! Deshalb möchte ich heute und hier einiges zum Umgang mit Juden in Zossen auf dem Wege zum Holocaust berichten.

Im Folgenden werde ich Informationen anführen, die der Zossener Bürgerschaft aus der Presse der damaligen Zeit (Teltower Kreisblatt, Zossener Stadt- und Landbote, Vossische Zeitung, Vorwärts u.a.) bekannt sein konnten, um zu verdeutlichen, was die Zeitgenossen gewußt haben können.

Zossen hatte spätestens seit Ende des 17. Jahrhunderts eine jüdische Geschichte. Es waren immer nur einige Familien, zunächst Händler, nach der Judenemanzipation im 19. Jahrhundert auch Ärzte und Rechtsanwälte, die sich in Zossen niederließen.

Neben Versuchen sie zu integrieren gab es aber auch immer Versuche gegen sie vorzugehen. Der durch das Christentum jahrhundertlang transportierte Antijudaismus entwickelte sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert unter dem Einfluss des Nationalismus und Rassismus zum Antisemitismus.

In Zossen äußerte sich das insbesondere in Wahlerfolgen der antisemitischen rechts außen stehenden Deutsch-Sozialen Partei, die bei den Reichstagswahlen 1893 11,5 Prozent der Stimmen erhielt.¹ Als der Rechtsanwalt Dr. Milchner, ein zum Christentum konvertierter Jude, sich in Zossen niederließ wurde er von dieser Partei den Zossener Antisemiten als Jude schriftlich vorangekündigt.²

Die Revolution änderte manches, aber nicht die antisemitische Haltung vieler Bürger in der Stadt.

Im Juli 1919 verbreiteten Militärpersonen in Zossen Propagandaflugschriften des „Ausschusses für Volksaufklärung“, einer Berliner antisemitischen Organisation. „Während das eine Flugblatt „vertraulich“ an Frauen und Mädchen appelliert, sich von Juden, Ungarn, Russen und Mongolen fernzuhalten, schiebt das andere alle Verstöße gegen die Wuchergesetze den Juden in die Schuhe und hetzt so unter der scheinheiligen Maske des Volksbeglückers.“ (so der „Vorwärts“)³

1920 konnte der rechtsextreme und durch seine Teilnehmer antisemitische Kapp-Putsch auch mit Hilfe der Zossener Zivilgesellschaft, insbesondere der Arbeiter, in einem politischen Generalstreik in Konfrontation mit der in Zossen-Wünsdorf mitputschenden Reichswehr niedergeschlagen werden.⁴ Vielleicht war das ein Grund für den Oberkommandierenden der Reichswehr, General v. Seeckt, um Zossen als Standort des ersten deutschen Konzentrationslagers für Juden in die Geschichte eingehen zu lassen.

General v. Seeckt, ließ im April 1920 in Berlin im „Scheunenviertel“ Juden unter dem Vorwand, gegen ausländische Kriminelle vorzugehen, verhaften. Diese wurden anschließend im

1 Hirsch, Paul: Die Sozialdemokratie im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Charlottenburg 1908, S. 9. Im ersten Wahlkampf fielen von 684 abgegebenen Stimmen 79 auf die Antisemiten.

2 Deutsch-Soziale Blätter, 13. Juli 1899, Beilage, S. 83.

3 Vorwärts, 12. Juli 1919, S. 2, „Die Pogromhetze“.

4 Zossener Stadt- und Landbote, 24. März 1920, S. 2f.

Kriegsgefangenenlager in Zossen interniert. Im Verständnis der Medien handelte es sich um eine Konzentrationslager nach südafrikanischem Vorbild bezeichnete Einrichtung.

Der „Völkische Beobachter“ schrieb dazu:

Die ersten "Judenlager" in Zossen

Die Frage des Vorgehens gegen lästige Ausländer beschäftigt die Behörden schon seit längerer Zeit. Über 600 der Verhafteten, die bereits wiederholt mit dem Strafrichter in Berührung gekommen sind, wurden in das Lager nach Zossen gebracht. Dieses wird jetzt als Konzentrationslager für unzuverlässige Ausländer dienen. Es ist wohl keine Frage, dass es sich in erster Linie um polnische und galizische Juden handelt.⁵

Das Lager war von Stacheldraht umgeben. Auf den Wachtürmen standen Maschinengewehre. Den Verhafteten wurde bei Gesprächsversuchen mit dem Wachpersonal oder Annäherung an die Stacheldrahtzäune, mit Erschießen gedroht. Nach 48 Stunden Lagerung unter freiem Himmel begannen die Vernehmung der Verhafteten. **Weniger als einer Handvoll konnten Straftaten nachgewiesen werden.**⁶

Auch in Teilen der Zossener Parteienlandschaft war in der Weimarer Republik der Antisemitismus fest verankert.

Einmal in der **Deutsch-Nationalen Volkspartei**, der politisch einflussreichsten Partei in Zossen. Da die DNVP nach Wahlkreisen organisiert waren gehörte die Ortsgruppe Zossen zum Wahlkreis Potsdam II. In der Satzung der Wahlkreisorganisation war festgelegt: Kein Jude kann Mitglied werden. Zu den Zielen der Partei gehörte zudem die Beseitigung des sogenannten „fremden jüdischen Einflusses“ in Deutschland, dem neben dem Dolchstoß die Niederlage im 1. Weltkrieg und die Revolution zugeschrieben wurde.

In der **Deutschen Volkspartei** äußerte sich das direkt. Im Landtagswahlkampf 1924 trat die gesamte Ortsgruppe zur antisemitischen Deutschsozialen Partei bei. Der Grund: die Parteiführung hatte sich nach den Vorstellungen der Zossener nicht entschieden genug vom Judentum distanziert.⁷

Dieser Zustand und der sogenannte Küstriner Putsch der Schwarzen Reichswehr 1923 brachten in Zossen am 1. Oktober 1923 eine der frühen Aktionsgemeinschaften zwischen SPD und KPD gegen rechte Putschisten hervor.⁸

In den 1920er Jahren fanden in Zossen mehrere Aufmärsche völkischer Vereinigungen unter der Fahne des Hakenkreuzes statt, so zogen z.B. am 13. September 1925 150 Zossener und Berliner unter dem Hakenkreuz durch Zossens Straßen. Den Schluss des Zuges bildete eine schwarzrotgoldene Fahne, die Farben der Republik, die durch den Straßendreck geschleift wurde.⁹

Wie tief der Antisemitismus saß, macht ein Vorfall mit dem Herbergsvater der „Herberge zur Heimat“ deutlich, der wegen der Kritik an der Behandlung von Nazigeegnern selbst ins KZ kam. Im Dezember 1927 veranstaltete die Zossener Arbeiterschaft ein Wohltätigkeitsfest. Der Reinertrag des Festes sollte, so war vorher vereinbart worden, die „Herberge zur Heimat“ zur Besenkung der armen Wanderburschen erhalten. Der Herbergsvater nahm selbst an der Feier teil. Als nach dem

5 Völkischer Beobachter, 15. April 1920.

6 Vorwärts, 28. März 1920, S. 1f.; 30. März 1920, S. 3; 1. April 1920, S. 2.

7 C-V-Zeitung, 5. Juni 1924, S. 341. Artikel von Otto Nuschke „Beobachtungen im Wahlkampf“.

8 Vorwärts, 16. Oktober 1923, S. 3.

9 Vorwärts, 18. September 1925, S. 5.

Fest der Überschuß von 230 Mark an den Herbergsvater abgeliefert werden sollte, weigerte sich dieser, das Geld anzunehmen, da angeblich ein „dreckiger Jude“ Gedichte gegen die Kirche vorgetragen hätte.¹⁰

Für 1924 und 1930 sind Anschläge auf Wohnungen Zossener Juden und deren Geschäfte dokumentiert worden. Es wurden Fenster der Auslagen und der Wohnungen eingeworfen. Die Schaukästen wurden ausgeraubt. Im ersten Fall konnte der Sohn des früheren Direktors der Zementfabrik Zossen ermittelt werden.¹¹

Als am 30. Januar 1933 der NSDAP die Macht vom Reichspräsidenten u.a. auf Ersuchen deutscher Banker und Industrieller übergeben wurde war eines der ersten Vorhaben am 1. April der Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien.¹² In der Rückschau erscheint das wie ein Probelauf auf Künftiges. In der Bevölkerung wurde der Boykott noch nicht von allen unterstützt.

Das nationalsozialistische Weltbild war noch nicht vorherrschend, wenngleich von einer großen Mehrheit der Bürger mehr oder weniger gebilligt. Die organisatorische Basis der Partei und in den Vertretungskörperschaften noch zu gering und mit zu wenig Einfluß.

Also gingen die Faschisten auch in Zossen daran, das gesellschaftliche Klima weiter zu vergiften, Helfer in allen gesellschaftlichen Kreisen zu gewinnen und nicht nur die lokalen Kommandohöhen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu besetzen. Und damit erweiterte sich auch der Kreis von Menschen und Institutionen beständig, die an der Umsetzung der antijüdischen Politik beteiligt waren.

Dazu gehörten u. a.

- für den **Druck auf der Straße die NSDAP und ihre Gliederungen**. Die NSDAP, gegründet am 19.02.1929, umfaßte 1932 120 Mitglieder, 20 SA-Männer und 20 HJ-Mitglieder.¹³ Diese führte ab Februar 1933 nahezu wöchentlich Großdemonstrationen vorbei auch an den Häusern der Juden, durch. Da der Kreisleiter des Teltow und weitere führende Kreismitglieder aus Zossen kamen¹⁴ und auch der Sitz der Kreisleitung bis 1936 in Zossen lag kann gesagt werden, dass Zossener führend an der Organisation und Durchführung von Maßnahmen gegen Juden beteiligt waren. Der **Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes** unter Leitung des Schmiedemeister Stewig arbeitete als nationalsozialistische Vereinigung auf die Schließung der jüdischen Geschäfte in Zossen hin.¹⁵

- für die **Verbreitung des nationalsozialistischen Weltbildes vor allem die Regionalpresse und die Lehrerschaft**.

a) Lehrer

10 Vorwärts, 22. Dezember 1927, S. 3.

11 Vorwärts, 19. August 1924, S. 3. „Völkische Friedhofschänder und Brandstifter“; Baruther Anzeiger, 1. November 1930, S. 2.

12 Teltower Kreisblatt, 31. März 1933, S. 1; 1. April 1933, S. 2.

13 Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, 16. August 1932, S. 2.

14 Der Ingenieur und Inhaber der Maschinenfabrik „Herold“ in Zossen, Wilhelm Reubold, war von 1932 bis 1935 Kreisleiter und bis 1937 Leiter des Amtes Technik der Gauleitung Brandenburg. Daneben war er u.a. Stellvertreter des Landrates des Kreises Teltow. Der Kaufmann Kunibert Saage zunächst Gaugeschäftsführer des Gaues Kurmark der NSDAP, später für kommunale Angelegenheiten in der Gauleitung zuständig. Seit 1929 war Saage Mitglied des Kreistages Teltow, ab 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrates und Bürgermeister der Stadt Zossen. Dr. Paul Segebade war von Beruf Chemiker und Inhaber eines Laboratoriums in Zossen. In der NSDAP war er auf Kreisebene für Personalfragen zuständig. Ab 1933 bis 1944 war er Bürgermeister in Mittenwalde und danach letzter Bürgermeister von Zossen. Die Kreisleitung Teltow der NSDAP befand sich bis Anfang 1936 im sogenannten „Teltowhaus“ auf dem Gelände der Maschinenfabrik „Herold“. Teltower Kreisblatt, 8. Januar 1936, S. 2.

15 Teltower Kreisblatt, 22. Juni 1933, S.2; 11. August 1933, S. 2.

1936 sind alle Lehrer außer Johanna Kühne Mitglied im NS-Lehrerbund. Sie geht später in den Ruhestand und arbeitet nach 1945 wieder als Lehrerin.¹⁶ Die Lehrerschaft war verantwortlich für Transport ideologischer Vorgaben: Implementierung der Rassenlehre und des Antisemitismus in der Schule, so den am **28.1.1935** verabschiedeten **Richtlinien zur Rasse- und Vererbungskunde** im Unterricht an den Schulen.¹⁷

Zur Indoktrination der Lehrer gab es „Weiterbildung“ folgender Art: **6. Februar 1935** Gaststätte Haase, Ortsgruppe Zossen NSLB: „Warum sind wir Antisemiten? Juden und Freimaurertum“¹⁸

b) Regionalpresse „Teltower Kreisblatt“

Das Teltower Kreisblatt war für die Manipulation der Menschen, für Stimmungsmache da.

Schwerpunktt Themen waren u.a.

- 1) das sogenannte „Weltjudentum“, das angeblich die Welt beherrschte,
- 2) die Darstellung Juden (als fremd, als Gast in Deutschland, frech, überheblich),
- 3) Darstellung von Handlungen des sogenannten „gesunden Volksempfindens“ gegen Juden,
- 4) Reden der Nationalsozialisten, noch lieber von Ausländern gegen Juden,
- 5) Maßnahmen/Gesetze gegen Juden; die historische „Untermauerung“ erfolgte durch zwei Beiträge von lokal und fachlich anerkannte Autoritäten.

a) So lieferte der Lehrer und Heimatforscher **Karl Fiedler** in der Beilage „Unser Teltow“ des Zossener Kreisblattes im November 1935 (dem Jahr der Nürnberger Gesetze) eine Darstellung der Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs/der Begrenzung der Zahl der Juden zwischen 1695 und 1791, die allesamt kein positives Ergebnis zeitigten. Der Verweis auf die Nürnberger Gesetze wird von Fiedler nicht vorgenommen, liegt aber nahe.¹⁹

b) Am 30. November 1938 rechtfertigte **Louis Günther** im Teltower Kreisblatt mit einem antisemitischen Artikel, in dem er behauptet, „dass die Juden von jeher Eigenschaften an den Tag gelegt haben, die auch damals [wie heute.- Anm. K.L.] besondere Maßnahmen gegen sie notwendig machten.“²⁰

6) Ratschläge an Verwaltung und Bevölkerung zum Umgang mit Juden

„Unerwünschte Gäste. Inwieweit sind die Gemeinden berechtigt, sich gegen den Zuzug von Juden und gegen die Benützung öffentlicher Einrichtungen durch diese zu wenden?“

„Die Ausweisungsverfügung wird damit zu begründen sein, daß die das Gastrecht in Deutschland genießenden Juden zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet sind, daß der Verstoß gegen die Gesetze dahin führen kann, daß das weitere Verbleiben von Juden in einer Gemeinde Gegenstand der Beunruhigung für die Gemeindebürger ist und dass deshalb die Polizei die Pflicht hat, dem einzelnen Juden den Aufenthalt in der Gemeinde zu untersagen.“²¹

Das gleiche bezog sich auf Nutzung öffentlicher Einrichtungen, auf Restaurants u.ä.

Wohnungswesen

Mieter bilden eine Hausgemeinschaft. Zusammenleben Jude und Arier in einem Haus nicht möglich/nicht zumutbar; Vermieter muss Mietinteressenten vorab darüber informieren, dass ein

16 Die Erzieher der Kurmark 1936. Verzeichnis der Parteidienststellen, Schulbehörden, Lehranstalten und Lehrkräfte, Berlin 1936, S. 178.

17 Teltower Kreisblatt, 28. Januar 1935, Beilage u.a. „Rassenkunde in den Schulen“.

18 Teltower Kreisblatt, 29. Januar 1935, S. 8 „Amtliche Bekanntmachungen des NS-Lehrerbundes“.

19 Teltower Kreisblatt, 1. November 1935, Beilage „Unser Teltow“, S. 3f. „General-Verordnungen, Edikte und Mandate, die der Juden gegeben wurden, 1695 bis 1791“.

20 Teltower Kreisblatt, 30. November 1938, S. 2. „Juden in der Mark“

21 Teltower Kreisblatt, 6. Oktober 1937, S. 6.

Jude im Haus wohnt; wenn der Vermieter einem Juden vermieten will muss er vorab das Einverständnis der arischen Mieter einholen.

Allein die Tatsache mit einem Juden im Hause zu wohnen stellt einen groben Fehler bei Nutzung der Mietsache dar, denn die Nutzung ist nicht zumutbar. Die Vermietung einer Wohnung an einen Juden berechtigt den arischen Mieter zur Verweigerung der Zahlung des Mietzinses an den Vermieter.

Das Mietverhältnis ist damit aus einem rein privaten Vertragsverhältnis zweier Einzelpersonlichkeiten zu einer Rechtsbeziehung im Rahmen der völkischen Gemeinschaft geworden, die beiden Parteien neue gemeinschaftsbedingte Verpflichtungen auferlegt...“²²

für die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden vor allem die nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die die sogenannte „deutsche Volksgemeinschaft“ zu praktizieren suchte, natürlich ohne Juden. Daneben beteiligte sich aber auch die Kirche. Zur Kirche nur soviel: In der evangelischen Kirchengemeinde waren vier von fünf Pfarrern NSDAP-Mitglied.²³ Zudem wurde in Zossen ein Zentrum der „Deutschen Christen“ für Südbrandenburg errichtet.²⁴ NSDAP und SA erschienen in Uniform zum Kirchgang (Bilder sind erhalten). Der in der katholischen Gemeinde bis 1935 tätige Pfarrer arbeitete eng mit der Kreis-NSDAP zusammen und war Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS.²⁵

Und nicht zuletzt war die „gesellschaftliche Mitte“ an der Ausgrenzung beteiligt, z.B. indem Juden aus Vereinen gedrängt oder ausgeschlossen wurden. Ggf. wechselte man schon einmal die Straßenseite, um einem Juden ausdem Weg zu gehen.

- Und natürlich **Justiz und Verwaltung**, die für die **rechtliche Begleitung und Organisation des antijüdischen Programms der NSDAP** sorgten. Dabei war den Nazis klar, dass die meisten Beamten getreu ihrem Amtseid umsetzen würden, was ihnen aufgetragen wurde, einige die die Entwicklung durchschauten aus Opportunismus oder Karrieregründen mitmachen und nur wenige opponieren würden. Auf Unterstützung konnte die Stadtverwaltung auch durch die Gestapo zählen. Die Aussenstelle der Staatspolizeistelle Potsdam befand sich ja direkt im Rathaus.

Im „Teltower Kreisblatt“ ist vielfach die Versteigerung jüdischen Eigentums angezeigt. Das betraf vor allem Grund und Boden in Klausdorf und Mellensee. Zuständig das Amtsgericht Zossen, das auch die Liquidation der Firma Sara Cohen, angeregt von der Handelskammer Berlin, unterstützt von der Stadtverwaltung Zossen erfolgreich betrieb.²⁶

Die Stadtverwaltung Zossen veranlaßte auch die Säuberung der städtischen Bibliothek, u.a. von Werken jüdischer Autoren.²⁷

Die Ausgrenzung, Entrechtung, Enteignung, Unterdrückung und schließlich Vernichtung der deutschen Juden erfolgte immer ummantelt vom Recht: dem Recht des Führer, man lebte ja im Führerstaat.

Die Maßnahmen betrafen die Zossener Juden in unterschiedlichem Maße, aber immer ging es um Existenzfragen!

Zu den Gesetzen und Verordnungen zählten u.a.:

22 Teltower Kreisblatt. 2./3. Juli 1938, S. 3.

23 U.a. Otto Eckert (1891-1940), seit 1933 NSDAP-Mitglied, 1932 Reichsreferent für Landgemeinden in der Reichsleitung der Deutschen Christen.

24 Teltower Kreisblatt, 11. Mai 1933, S. 2. „Deutsche Christen“.

25 Es handelt sich um Anton Scholz (1891-1980), Mitglied der NSDAP seit 1. März 1933, V-Mann des Sicherheitsdienstes seit Mai 1936. 1928 bis 1935 in Zossen. Siehe Spicer, Kevin: Hitler's Priests: Catholic Clergy and National Socialism, S. 289.

26 <https://www.bazev.de/mensch-welt-and-historisches/judisches-leben/> „Jüdische Familien in Zossen – die Cohens“.

27 Teltower Kreisblatt, 4. September 1933, S. 3. „Zossen. Etwa 1000 Bücher, die aus der städtischen Volksbücherei ausgesondert sind, wurden auf dem Schulhof verbrannt.“

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: Es diente der Entfernung aller mißliebigen Personen aus öffentlichen Dienst. So konnte der Notar Erich Milchner als RA und Notar nur weiterarbeiten, weil er im 1. Weltkrieg Militärdienst geleistet hatte.

1933 erfolgte der Entzug der Zulassung für jüdische Ärzte und Anwälte. Der Arzt Helmut Cohen verlor seinen Arbeitsplatz an der Charité und mußte sich als sogenannter „Behandler“ selbständig machen; RA Werner Robert Dalen verlor seine Zulassung, RA Herbert Weinberg ebenfalls, kam dann als Auswanderungsberater bei der Jüdischen Gemeinde in Berlin unter.

Das Reichsbürgergesetz (RBG) vom 15. September 1935 teilte die deutsche Bevölkerung in *Reichsbürger*, „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“, einerseits und in ‚einfache‘ Staatsangehörige, „Angehörige rassefremden Volkstums“.

„Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (Blutschutzgesetz) verbot Eheschließungen zwischen Juden und sogenannten „Ariern“ sowie außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen als „Rasseverrat“, der und unter Strafe gestellt wurde.

Eine Reihe von Wirtschaftsgesetzen gegen jüdische Firmen (bis hin zur zwangsweisen Arierisierung), die Beschränkung der Nutzung des eigenen Vermögens und die Enteignung stellte die Juden vor immer einschneidende ökonomische Probleme. Nach der Pogromnacht erfolgte 1938 die zwangsweise Schließung aller noch verbliebenen jüdischen Betriebe. Selbst vor der Erfassung und Enteignung der letzten Habseligkeiten der Juden. Festgehalten in den letzten Vermögenserklärungen von Juden vor deren Abtransport in die Vernichtungslager wurde nicht haltgemacht.

Enteignung jüdischer Vermögen/Beschränkung der Nutzung

Das Gesetz über Vornamen von Juden und die Pflicht zum Tragen des gelben Sterns diente der weiteren Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Und es gab die offene Repression. So wurde der Rechtsanwalt Herbert Weinberg, Sohn von Martha und Lesser Weinberg 1934 in „Schutzhaft“ genommen, der Arzt Helmut Cohen wurde nach der Pogromnacht 1938 im KZ Sachsenhausen interniert und kam erst frei, als er die Absicht zu emigrieren glaubhaft versichern konnte.

Viele Juden versuchten dem Druck zu entgehen, indem sie zunächst in der Anonymität der Großstadt Unterschlupf suchten.

Manche versuchten zu emigrieren, kamen aber nur bis in die Großstadt und wurden von dort nach Teresienstadt oder Auschwitz geschickt, wo sie durch Gas oder die Verhältnisse ermordet wurden (Alex und Charlotte Falk mit ihren beiden Kindern Felix Bernhard und Gerda Juliane; Lesser und Martha Weinberg mit ihrer Tochter Lilli Ascher und ihrem Sohn Herbert).

Einigen gelang die Emigration (Arthur Cohen und seiner Schwester Henriette Heymann).²⁸

Einige wenige hatten Glück auf Menschen wie Kurt und Ella Neubauer zu kennen, die aus Berlin nach Kallinchen übersiedelt waren und dort von 1942 bis 1945 in ihrem Fischerhaus die jüdische Familie Kranz versteckte. Beide erhielten 2011 die höchste Auszeichnung Israels für Nichtjuden.

Sie wurden posthum als Gerechte unter den Völkern geehrt.²⁹

Und ander mussten unter den Augen der Gestapo in ständiger Angst vor der Deportation leben.

Dazu gehörten Helmuth und Meta Cohen, die mit ihrer 1936 geborenen Tochter ab 1939 bis zur Befreiung 1945 die NS-Zeit im Jüdischen Krankenhaus in Berlin verbringen.³⁰

28 <https://www.bazev.de/mensch-welt-and-historisches/judisches-leben/> „Jüdische Familien in Zossen – die Cohens“.

29 <https://www.morgenpost.de/berlin/article104772996/Berliner-als-Gerechte-unter-den-Voelkern-geehrt.html>. Morgenpost, 25. Januar 2011.

30 <https://www.bazev.de/mensch-welt-and-historisches/judisches-leben/> „Jüdische Familien in Zossen – die Cohens“.

Die deutschen Juden wollten in ihrer Mehrheit nie auswandern. Sie waren in Deutschland integriert und hatten sich assimiliert. Ihre wichtigste Organisation, der Central-Verein der deutschen Bürger jüdischen Glaubens hatte bei 560000 Juden in Deutschland 1932 64000 Mitglieder, die zionistischen auf Auswanderung nach Palästina orientierenden Organisationen 20000. Von den 1933 zur Emigration gezwungenen 37000 Juden gingen 73% nach Westeuropa und 8% nach Übersee. Nur 19% suchten eine Heimstatt in Palästina. Damit wird deutlich, dass die meisten deutschen Juden in Deutschland ihre Heimat sahen.³¹

Erst der antisemitische Terror, der Holocaust und die Empathielosigkeit der erdrückenden Mehrheit der Deutschen änderte das!

In einem Brief an Freunde in den USA schrieben Meta und Helmut Cohen am 30. Dezember 1945: „Können Sie ermessen wie es hier war? Jedes Mal ging ein Stückchen Herz mit und die Angst, das nächste Mal bist du dabei. Unsere Pläne, ...wir sind weder psychisch noch physisch soweit, welche zu schmieden, nur in einem sind wir uns klar, dass wir dieses grässliche Land verlassen wollen.“³²

31 https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Juden_in_Deutschland#Bl%C3%Bctezeit_im_Kaiserreich_und_der_Weimarer_Republik_1871%E2%80%931933. Ullrich, Anna: Von „jüdischem Optimismus“ und „unausbleiblicher Enttäuschung“. Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine und Antisemitismus 1914-1938, Berlin/Boston 2019, S. 2.

32 Zitiert bei Schwoch, Rebecca: Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945, Frankfurt am Main 2018, S. 243